

Berlin, 12. Januar 2016
ev-ar



**Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft**

Bundesvorstand

Kaiser's Tengelmann: Erhalt guter Arbeitsbedingungen jetzt durch Tarifverträge gestalten

MEDIENINFORMATION

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) befürwortet, dass Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel die Erteilung einer Ministererlaubnis im Fall Kaiser's Tengelmann an weitreichende, rechtssicher zu gestaltende Auflagen bindet, um den Erhalt der Arbeitsplätze als Gemeinwohlinteresse zu gewährleisten.

„Der heutige Tag zeigt, dass sich die Kämpfe der Beschäftigten gelohnt haben. Die Anforderungen des Ministers gehen weit über das hinaus, was Kaiser's Tengelmann und Edeka ursprünglich vor hatten. Es ist positiv zu bewerten, dass der allergrößte Teil der Beschäftigungsverhältnisse für mehrere Jahre erhalten bleiben soll und es für fünf Jahre keine einseitige Ausgliederung an selbstständige Kaufleute geben darf. Für die überwiegende Mehrheit der Beschäftigten bedeutet das den Erhalt ihrer Arbeitsplätze, der Betriebsratsstrukturen und der Tarifbindung. Das muss durch rechtssichere Tarifverträge garantiert werden. Wir werden uns dafür einsetzen, gute Beschäftigungsverhältnisse auch über fünf Jahre hinaus zu sichern“, sagte ver.di-Bundesvorstandsmitglied **Stefanie Nutzenberger**.

ver.di hatte in den vergangenen Monaten immer wieder darauf gedrungen, dass es für die rund 16.000 Beschäftigten von Kaiser's Tengelmann eine nachhaltige Beschäftigungssicherung, Existenzsicherung durch Tarifverträge sowie Schutz durch Betriebsräte geben muss und keine Ausgliederung an selbstständige Kaufleute erfolgen darf.

Nutzenberger betonte, die Auflagen des Ministeriums bestätigten die Haltung der Gewerkschaft, dass die von Kaiser's Tengelmann und Edeka vorgelegten Betriebsvereinbarungen keine Rechtssicherheit bieten. „Wir sind bereit, Tarifverhandlungen zu führen, um diese Rechtssicherheit im Sinne der Beschäftigten zu garantieren. In diesen Verhandlungen muss es auch darum gehen, den Verlust von Arbeitsplätzen auf ein absolutes Minimum zu reduzieren“, sagte Nutzenberger.

V.i.S.d.P.:

Eva Völpel
ver.di-Bundesvorstand
Paula-Thiede-Ufer 10
10179 Berlin

Tel.: 030/6956-1011
und -1012
Fax: 030/6956-3001

E-Mail:
pressestelle@verdi.de